

Wie aus einem sichergestellten Brief ersichtlich, orientiert das BMB darauf, wegen erwiesener Erfolglosigkeit keine weiteren Organisationen und Einrichtungen neben dem BMB in die Übersiedlungsbemühungen von DDR-Bürgern einzuschalten, und instruiert ebenso wie das Bundeskanzleramt, die geführte Korrespondenz nicht in die DDR zu übersenden. Weiterhin liegen Aussagen darüber vor, daß ein Mitarbeiter des BMB eine in die BRD reisende DDR-Bürgerin zum ungesetzlichen Verbleib veranlaßte und diese über ihre persönlichen und beruflichen Verhältnisse in der DDR abzuschöpfen versuchte.

In Einzelfällen entwickelten weitere Stellen und Personen in der BRD, wie Oberbürgermeister, Stadträte, Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages und das DRK der BRD Aktivitäten zur Unterstützung feindlich-negativer Kräfte in der DDR.

In einem Ermittlungsverfahren wurden ein Schreiben des [REDACTED] [REDACTED] der "Saarbrücker Zeitung", [REDACTED] an einen DDR-Bürger mit Bekundung seiner Anteilnahme für die Bestrebungen der Familie zur Übersiedlung in die BRD und ein von einem BRD-Bürger übermittelter, als Abschrift eines Schreibens von [REDACTED] gekennzeichnete Text sichergestellt, in dem die Hoffnung zum Ausdruck gebracht wird, daß der Druck der ausreisewilligen DDR-Bürger mit dazu beiträgt, großzügiger bei den Ausreisebewilligungen zu verfahren.